

## Vorsicht, neue Masche Betrüger gaukeln Paketlieferung vor

**VADUZ** Zurzeit versuchen Betrüger mit einer neuen Methode die Verteilung ihres Trojaners zu intensivieren. Davor warnte die Landespolizei in einer Pressemitteilung am Dienstag. Die Masche funktioniert demnach so: Die Betrüger kontaktieren das Opfer zuerst telefonisch und kündigen eine bevorstehende Paketlieferung beziehungsweise -sendung an. Anschliessend bekommt das Opfer eine E-Mail mit dem Link zum Abrufen der Sendungsnummer. Wer hier klickt, lädt eine heimtückische Malware auf den Computer, «die sich nicht mehr entfernen lässt», warnt die Polizei. Sie rat daher zu Folgendem:

- «Klicken Sie keinesfalls auf den Link im PDF.
- Schreiben Sie die Telefonnummer der Betrüger auf und melden Sie diese der Polizei.
- Kopieren Sie den Link im PDF und schicken Sie diesen und die E-Mail-Adresse des Mailversenders an die Polizei.
- Löschen Sie danach umgehend die erhaltene E-Mail.»

Falls jemand schon auf dem Link gefolgt sein sollte, rät die Landespolizei Folgendes:

- «Benutzen Sie den Computer nicht mehr weiter, Ihre Zugangsdaten zu Onlinediensten können sonst von den Betrügern mitgelesen werden.
- Erstellen Sie Strafanzeige bei der Polizei.
- Lassen Sie Ihren Computer komplett neu aufsetzen.» (red/pd)

## Erwachsenenbildung Blockchain, IoT, M2M und Ich

**SCHAAN** Die Teilnehmenden gewinnen Einblick in die Welt der Blockchain-Technologie, ins Internet der Dinge (IoT) sowie ins Machine-to-machine-Learning (M2M). Der Kurs 3B06 unter der Leitung von Petra Asprien beginnt am Donnerstag, den 19. November, um 18.30 Uhr, im Seminarzentrum Stein Egerta in Schaan. Mit Voranmeldung. Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein Egerta (Telefonnummer: 232 48 22; E-Mail-Adresse: info@steinegerta.li). (pr)

[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)

# Vom Adoptionsrecht zur «Ehe für alle»

**Menschenrecht** Österreich und Deutschland haben sie, die Schweiz will noch dieses Jahr darüber entscheiden: Die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. In Liechtenstein ist der Weg wohl noch etwas länger, könnte aber bald ein Stück vorankommen.

VON SEBASTIAN ALBRICH

**Z**war ist es gleichgeschlechtlichen Paaren in Liechtenstein seit 2011 möglich, eine eingetragene Partnerschaft einzugehen. Erst 2019 hat der liechtensteinische Staatsgerichtshof (STGH) jedoch entschieden, dass der Abschluss gleichgeschlechtlicher Paare von der Ehe sowohl mit der Verfassung als auch der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) konform ist. Anders als der österreichische Verfassungsgerichtshof zwei Jahre zuvor hatte der Staatsgerichtshof somit keine rechtlichen Bedenken dagegen, gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe zu verwehren.

### Menschenrechtswidrig

Der Weg zur «Ehe für alle» ist dadurch jedoch keineswegs verschlossen, wie die Rechtswissenschaftlerin Lamiss Khakzadeh von der Universität Innsbruck anlässlich ihrer Analyse des STGH-Entscheides aufzeigt. Denn ein Hauptfaktor, den der Staatsgerichtshof für seinen Schluss vorbringt, ist, dass eingetragene Partner durch Artikel 25 des liechtensteinischen Partnerschaftsgesetzes weder adoptieren noch Fortpflanzungsmedizin in Anspruch nehmen dürfen. Dieses Verbot der gemeinsamen Elternschaft rechtfertigt aus rechtlicher Sicht die Unterscheidung zwischen Ehe und eingetragener Partnerschaft.

Bemerkenswert sei jedoch, dass der Gerichtshof mehrfach betonte, dass Artikel 25 im Jahr 2019 nicht Gegenstand der Prüfung war. Das ist laut Khakzadeh als Hinweis an den Gesetzgeber zu verstehen, dass dieser Teil des Partnerschaftsgesetzes und gerade auch das Verbot der Stiefkindadoption durchaus gegen die Menschenrechtskonvention verstossen könnte. Ein naheliegender Schluss, da dieser Artikel der früheren österreichischen Rechtslage entspreche, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bereits als konventionswidrig eingestuft wurde. Denn gemeinsame Elternschaft wird schlussendlich nämlich nicht daran festgemacht, ob die Partner unverheiratet, verheiratet oder verpartnert sind, sondern alleine an der sexuellen Orientierung – was eine nicht zu rechtfertigende Diskriminierung darstellen kann. Diese Erkenntnis



Das Verbot der gemeinsamen Elternschaft ist menschenrechtlich fragwürdig. (Symbolfoto: Shutterstock)

hat in Österreich 2013 zuerst zur Öffnung der Stiefkind- und schliesslich der gemeinsamen Adoption im Jahr 2014 geführt. Von da an war – angesichts der schwindenden Unterschiede – der Weg zur «Ehe für alle», wie zuvor schon in Deutschland, nicht mehr weit.

### Eine Entscheidung steht an

Auch wenn der liechtensteinische Staatsgerichtshof den Artikel 25 der Partnerschaftsgesetzes vergangenes Jahr nicht prüfte, wurde er dieses Jahr vom Landgericht im Rahmen einer Adoptionsverhandlung genau diesbezüglich angerufen. Somit könnte eine rechtliche Bewertung der Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare in Kürze auch in Liechtenstein anstehen. Der Staatsgerichtshof merkte jedoch bereits 2019 an, dass die Öffnung der Stiefkindadoption seine Ansicht zu Ehe und eingetragener Partnerschaft unter Berücksichtigung der «ange-

brachten Zurückhaltung gegenüber dem Gesetzgeber und dem gesamtgesellschaftlichen Diskurs» nicht ändern werde. Wie Khakzadeh unterstreicht, könne die Stiefkindadoption jedoch einen Domino-Effekt erzeugen, der es schwerer macht, das Verbot anderer Adoptionsformen für gleichgeschlechtliche Paare sachlich zu rechtfertigen. Dadurch würde wiederum die Unterscheidung der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft anhand der gemeinsamen Elternschaft Risse bekommen und der Staatsgerichtshof müsste sich erneut damit befassen, argumentiert die Rechtswissenschaftlerin.

### Politik oder Justiz als Katalysator

Hier könnte er sich – was durchaus wahrscheinlich sei – erneut auf den Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers in solch einer Wertefrage berufen und den Ball bezüglich der «Ehe für alle» der Politik übergeben. Nimmt er sich jedoch ein Beispiel am

österreichischen Verfassungsgerichtshof, stellt er die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare in den Vordergrund und erklärt die Unterscheidung als rechtswidrig. Schlussendlich wird wohl vieles davon abhängen, wie sich die gesamtgesellschaftliche Einstellung Liechtensteins, aber auch der europaweite Diskurs diesbezüglich in den nächsten Jahren weiterentwickelt. Eines ist jedoch klar: Die Dynamik bewegt sich in Europa und gerade auch im mit Liechtenstein rechtlich eng verknüpften direkten Umfeld in Richtung einer Öffnung der Elternschaft und der «Ehe für alle». Somit wird die liechtensteinische Politik in nicht allzu langer Zeit aktiv eine Entscheidung treffen müssen, ob sie Teilen der Bevölkerung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Rechte weiterhin verwehren will, die ihnen in den Nachbarländern schon zustehen. Oder passiv zuwarten, bis die Gerichte ihr diese Entscheidung abnehmen.

# Sklaverei und Menschenhandel im Fokus

**Rückblick** Die Jahresveranstaltung der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) wurde dieses Jahr coronabedingt virtuell abgehalten. Sie sei trotzdem auf breites Interesse gestossen, teilte das Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur Anfang Woche mit.

«Die Regierung, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft boten eine vielfältige Diskussion über die Problematik, ihr Engagement zu deren Bekämpfung und zu Möglichkeiten, wie sich jeder und jede Einzelne einsetzen kann», heisst es in der Pressaussendung vom Montag.

Am Freitag fand also die IHZE-Jahresveranstaltung zum Thema «Für eine sklavenfreie Welt» statt. Ausserministerin Katrin Eggenberger stellte das staatliche Engagement zur Bekämpfung moderner Sklaverei und Menschenhandel in den Kontext der IHZE und rief alle Akteure zum Handeln auf. «Sklaverei und Menschenhandel können niemandem von uns egal sein. Mehr als 40 Millionen Menschen – darunter 10 Millionen Kinder – leben heute in Verhältnissen, die de facto Sklaverei gleichkommen», wird sie in der Medienmitteilung zitiert. Mehr als 100 Zuschauer hätten sich übers Internet ein Bild von moderner Sklaverei und Menschenhandel gemacht. In der anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Panagiotis Potolidis-Beck, dem Leiter der Abteilung für Wirtschaft und



Entwicklung beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten, tauschten sich Michèle Frey-Hilti (Geschäftsführerin Hilti Family Foundation), Olivier de Perregaux (CFO LGT Group), Nicole Matt-Schlegel (CEO des Entwicklungsdienstes) sowie Bernhard

Herod (Programmleiter Asien der Solidar Suisse) zur Problematik aus und diskutierten über Möglichkeiten, wie sich Entwicklungsorganisationen, die Privatwirtschaft sowie die Konsumentinnen und Konsumenten einbringen können.

Eggenberger zieht laut der Mitteilung eine positive Bilanz: «Es freut mich ausserordentlich, dass die Veranstaltung online auf so grossen Zuspruch gestossen ist, nachdem sie im Vaduzer Saal ohne Publikum durchgeführt werden musste. Es ist

so gelungen, Menschen mit diesem wichtigen Thema zu konfrontieren und zu sensibilisieren.» (red/ikr)

Alle Interessierten, die am Freitagabend nicht dabei sein konnten, können das Video der Veranstaltung unter <https://www.volksblatt.li/ihze-jahresveranstaltung-2020> sehen.

Das von der Regierung verschickte Foto zeigt von links: Panagiotis Potolidis-Beck (Amt für Auswärtige Angelegenheiten), Bernhard Herod (Programmleiter Asien der Solidar Suisse), Nicole Matt-Schlegel (CEO Liechtensteinischer Entwicklungsdienst), Regierungsrätin Katrin Eggenberger, Michèle Frey-Hilti (Geschäftsführerin Hilti Family Foundation) und Olivier de Perregaux (CFO LGT Group). (Foto: ZVG/iKR)